

■ Kann man die Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert auch anders schreiben? Muss man sich bei der Konzeptualisierung wirklich immer an die Zäsuren der politischen Geschichte halten? Auf der Suche nach Alternativen präsentiert Anselm Doering-Manteuffel das Modell von Zeitbögen, das es erlaubt, den Verlauf der deutschen Geschichte seit 1900 neu zu strukturieren – ein kühnes Modell und eine intellektuelle Herausforderung, der sich die Zunft wird stellen müssen. ■

Anselm Doering-Manteuffel

Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts

Seit der Wende zum 21. Jahrhundert wirken die Prozesse der europäischen Währungsintegration und der Globalisierung auch auf die Geschichtswissenschaft ein. Wahrnehmungshorizonte verschieben sich, Epochengrenzen und politische Zäsuren werden auf ihre Gültigkeit überprüft. So steht insbesondere die Zeithistorie vor der Herausforderung, ihren Blick auf das 20. Jahrhundert mit den Veränderungen der Gegenwart in Einklang zu bringen. Die Geschichte Europas wird zunehmend in ihren Verflechtungen und weit weniger als Addition paralleler nationaler Entwicklungen beschrieben. Die historische Analyse der Dekolonisierung rückt die soziopolitischen und kulturellen Verschränkungen zwischen Ländern der ehemals „Ersten“ und „Dritten Welt“ ins Zentrum, anstatt auf die „Modernisierung“ der früheren Kolonialvölker abzuheben. Die These einer „Provinzialisierung Europas“¹ respektive der westlichen Ordnungsidee, für die „Europa“ steht, verweist auf den Anspruch außereuropäischer Historiker, die Hierarchie der Weltregionen neu zu bestimmen. Von diesen Forschungstrends kann die Sicht auf die Geschichte der Nationalstaaten in Europa nicht unbeeinflusst bleiben. Nach wie vor stellt diese Geschichte den Rahmen für die zeithistorische Urteilsbildung dar, auch weil die Weltkriege und deren Folgen im „Zeitalter der Extreme“² aus den Machtansprüchen rivalisierender National- und Hegemonialinteressen entstanden.

Gleichwohl, das Zeitalter der Nationalstaaten ist vorbei und mit ihm eine kulturhistorische Epoche, in der die Geschichtswissenschaft die Vergangenheit ganz überwiegend im Horizont der Geschichte des eigenen Landes aufgehoben sah. Wirtschaft, Handel, Diplomatie oder kulturelle Verflechtungen wurden von den jeweiligen nationalen Gegebenheiten her beurteilt, und im fachwissenschaftlichen Diskurs hatte die Frage nach übergeordneten Veränderungen und den transnationalen Triebkräften des Wandels in verschiedenen nationalen Gesell-

¹ Vgl. Dipesh Chakrabarty, *Provincializing Europe. Postcolonial Thought and Historical Difference*, Princeton/Oxford 2000.

² Vgl. Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1995.

schaften lange Zeit nur geringe Bedeutung. Merkdaten und Zäsuren blieben rückgebunden an die Politikgeschichte des einzelnen Staates. In Schul- und Handbüchern zur deutschen Geschichte markieren sie festgefügte, voneinander klar unterscheidbare Zeitabschnitte. Je nach Bedarf können diese als scheinbar eigenständige historische Epochen aus dem geschichtlichen Kontinuum herausgelöst und gesondert betrachtet werden. Die wilhelminische Epoche, der Erste Weltkrieg, die Weimarer Republik, das Dritte Reich und der Zweite Weltkrieg, die Besatzungszeit und die Jahrzehnte der Zweistaatlichkeit erscheinen dann als Zeitabschnitte, die chronologisch gereiht sind, ohne dass Kontinuitäten, strukturelle und generationelle Verflechtungen zwischen ihnen sichtbar gemacht werden müssten³.

Die transnationale Dimension von Nationalgeschichte und das Postulat dreier Zeitbögen

Wie lässt sich nun die Nationalgeschichte fassen, ohne dass die Grenzen des Landes zu Grenzen der Erkenntnis werden? Wie lässt sich die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts mit ihren Brüchen und Zäsuren so in den Blick nehmen, dass auch dauerhafte Grundkonstellationen und Kontinuitätslinien sichtbar werden? Historische Basisprozesse im 20. Jahrhundert wie der beschleunigte soziale Wandel, die Dynamik technischer Modernisierung oder die Entstehung ideeller Ordnungsentwürfe mit dem Anspruch, solch tiefgreifende Veränderungen zu steuern, weisen eine transnationale Dimension auf. In diese sind die unterschiedlichen nationalen Entwicklungen eingelagert. Die Basisprozesse vollziehen sich im europäischen und europäisch-atlantischen Horizont; erst davor werden die Konturen der deutschen Geschichte in ihren transnationalen Bindungen und ihren nationalen Besonderheiten sichtbar. Strukturelle Grundmuster und ideelle Ordnungsentwürfe, die das Handeln in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft transnational formatieren, bilden sich allmählich, anfangs ganz unauffällig, heraus und bleiben, wenn sie Dominanz gewonnen haben, für einige Jahrzehnte gültig. Sie formen Zeitbögen, welche die Zäsuren des Jahrhunderts überwölben und Bezüge zwischen den Geschehnissen vor und nach einer Zäsur herstellen können.

³ Das vielleicht prominenteste Beispiel ist die über lange Jahre praktizierte „Verinselung“ des Dritten Reichs, weil sie eine Voraussetzung bildete für das vergangenheitspolitische Schweigen in der Nachkriegszeit. Doch auch die Unterteilung des 20. Jahrhunderts in eine „Zeitgeschichte vor 1945“ und eine „Zeitgeschichte nach 1945“ diene nicht zuletzt dem Zweck, den Wiederaufbau in Westdeutschland und die Geschichte der Bundesrepublik als Erfolgsgeschichte in hellem Licht, ohne „lange Schatten“, beschreiben zu können. SBZ und DDR wurden und blieben bis 1989 weitgehend abgespalten. Vgl. Martin Broszat, Eine Insel in der Geschichte? Der Historiker in der Spannung zwischen Verstehen und Bewerten der Hitler-Zeit, in: Ders., Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte, München 1988, S. 208–216, hier S. 215; Anselm Doering-Manteuffel, Deutsche Zeitgeschichte nach 1945. Entwicklung und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit, in: VfZ 41 (1993), S. 1–29; Peter Graf Kielmansegg, Lange Schatten. Vom Umgang der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, Berlin 1989.

Diese Zeitbögen ermöglichen die sinnhafte Verbindung zwischen Ereignissen und Basisprozessen.

Das 20. Jahrhundert war von drei großen Konflikten geprägt, die sich jeweils als Machtkampf um die Durchsetzung von soziopolitischen und wirtschaftlichen Ordnungsformen verstehen lassen. Die Konkurrenz der jeweiligen Ordnungskonzepte war darin so grundsätzlich, dass die Zeitgenossen eine Konvergenz der konfligierenden Modelle ausschlossen. Diese drei Konflikte waren der Erste Weltkrieg, der Zweite Weltkrieg und der Kalte Krieg.

Der Erste Weltkrieg bildete einen Machtkonflikt zwischen den monarchischen Staaten des deutschsprachigen Mitteleuropa einerseits und Großbritannien andererseits. Großbritannien ist hier in einem ökonomischen und kulturellen Verständnis gemeint, sowohl als British Empire als auch als angloatlantischer Partner der USA. Frankreich war im Ersten Weltkrieg militärischer Gegner der Deutschen und das Schlachtfeld der Westfront, weit weniger aber der Träger einer alternativen politisch-kulturellen Ordnungsidee. Für Russland galt ähnliches, zumal das Zarenreich vorzeitig kollabierte und die Bolschewiki nach der Revolution 1917 umgehend Frieden erstrebten. Daher ging es 1914 bis 1918 im Kern um einen deutsch-englischen Machtkampf. Hier entstanden die Blaupausen des angloatlantischen Hegemonialkonzepts, das für das 20. Jahrhundert bestimmend werden sollte. Der Vertrag von Versailles eröffnete freilich den Verlierern beträchtlichen Handlungsspielraum. Er bot dem Deutschen Reich die Möglichkeit, sich wirtschaftlich, politisch und ideologisch neu zu festigen. So konnte die Republik von Weimar den westlichen Demokratien als potentieller Partner begegnen, um innerhalb des siegreichen Ordnungssystems die nationalen Interessen wahrzunehmen, aber das Deutsche Reich konnte die Siegermächte auch als erklärter Feind aus einer Position der Stärke bedrohen, wie es nach 1933 der Fall war.

Der Zweite Weltkrieg, ja überhaupt die Zeit des Dritten Reichs, war von deutscher Seite ein Kampf gegen den atlantisch dominierten liberalen Westen – ein Kampf, der mittels Unterwerfung und Ausbeutung Osteuropas sowie der Errichtung eines „europäischen Großraums“ siegreich bestanden werden sollte. Der damit verbundene rassenideologische Vernichtungskrieg galt der Schaffung eines antiwestlichen Imperiums der völkischen Homogenität, das als „Lebensraum“ im Kampf gegen die bolschewistische Sowjetunion zu erobern war. Von angloamerikanischer Seite wurde dieser Krieg mit dem Ziel geführt, den Gegner bis zur bedingungslosen Kapitulation niederzukämpfen, um den Fehler von 1918, einen bloßen Waffenstillstand, nicht zu wiederholen. Erst dann würde eine tragfähige Neuordnung in Mitteleuropa aus der alleinigen Souveränität der Sieger vorgenommen werden können. Solange dieses Ziel nicht erreicht war, musste das „Problem Stalin“ in der Anti-Hitler-Koalition heruntergespielt und die Machtausweitung der UdSSR in Ostmitteleuropa geduldet werden. Nach 1945 erfolgte die Neuordnung des westlichen Deutschlands sowie Westeuropas gemäß dem hegemonialen Konzept der USA, das seit 1942 in Washington mit Hilfe europäischer Emigranten entwickelt und teilweise auch mit den Briten abgestimmt worden war. Der Marshall-Plan von 1947 bildete das wichtigste Instrument, um das atlant-

tische Ordnungsmodell im Zuge des materiellen Wiederaufbaus zur Geltung zu bringen und es gegen das sowjetische Imperium zu homogenisieren.

Der Kalte Krieg sah die eine Hälfte Deutschlands auf der Seite des amerikanisch dominierten liberalen Westens und die andere Hälfte auf der Seite des antiliberalen Blocks der staatssozialistischen Diktaturen. Jenseits des „eisernen Vorhangs“ wurde die Feindschaft zum Westen ideologisch als Kampf gegen den „Imperialismus“ umdefiniert und propagandistisch weitergeführt. Nach vier Jahrzehnten der Blockrivalität und eines scheinbaren Gleichgewichts der Abschreckung brach der Ostblock schließlich aus wirtschaftlichen Gründen zusammen, nachdem die ideologische Bindekraft des Sozialismus in seiner marxistisch-leninistischen Spielart schon seit mehr als einem Jahrzehnt erschöpft gewesen war.

Dreimal – 1918, 1945, 1989/90 – triumphierte das Ordnungsmodell des liberalen Westens über einen Gegner, der den Anspruch erhoben hatte, es niederzuringen. Durch jeden Krieg und Sieg veränderte sich dieses Ordnungsmodell innerhalb seines ideellen Rahmens, während der Rahmen selbst – Freiheit der Wirtschaft und Freiheit der staatsbürgerlichen Selbstbestimmung, kurz: Marktwirtschaft und Demokratie – normativ gültig blieb. Weder der Erste Weltkrieg noch der Zweite Weltkrieg noch der Zusammenbruch des Ostblocks mit dem Ende des Kalten Kriegs waren bloße Zäsuren in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, sondern sie wirkten auch als Katalysatoren bereits in Gang befindlicher Veränderungen.

Der Kampf um die Durchsetzung oder Überwindung des angloatlantischen Modells erweist sich mithin als ein Ringen um die Verwirklichung dieser spezifischen Form von liberaler Ordnung als *hegemoniales Prinzip*. Das wurde mit dem Ersten Weltkrieg zum Grundkonflikt der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert und blieb es bis zum Mauerfall. In diesen Grundkonflikt war die Geschichte des Kommunismus eingelagert, dessen säkulare Bedeutung auch aus den Spielarten des Antikommunismus und nicht allein aus der Geschichte der KPD oder der DDR zu erschließen ist. Insofern lenkt die Konzentration auf das Ringen um die normative Geltung von sozialökonomischen und kulturellen Ordnungsmustern den Blick auf Steuerungselemente in den euroatlantischen Industriegesellschaften von der Hochindustrialisierung bis zum digitalen Finanzmarktkapitalismus. Solche Steuerungselemente lassen sich in unterschiedlicher Ausprägung in allen Ländern des nordatlantischen Wirtschaftsraums finden. Vor diesem Hintergrund wird es möglich, die spezifisch deutsche Form der Teilhabe am oder der Gegnerschaft zum westlich-liberalen Ordnungsmodell herauszuarbeiten.

Der hier vorgeschlagene Ansatz einer Gesellschaftsgeschichte handlungssteuernder Ideen erlaubt es, das Augenmerk auf Vorstellungen und Ordnungskonzepte zu richten, die im sozialen und politischen Geschehen formende Wirkung entfalten. Als heuristisches Instrument dient das Postulat dreier Zeitbögen, welche die Konflikte und Zäsuren des 20. Jahrhunderts überwölben.

Zeitbögen werden verstanden als Zeitspannen von jeweils mehreren Jahrzehnten, die sich überlappen können, aber durch markant unterschiedliche Vorstellungen von der Ordnung in Gesellschaft und Staat gekennzeichnet sind. Solche Ordnungsvorstellungen beeinflussten das Handeln in Politik, Wirtschaft und Kultur

tiefgreifend, sie waren transnational wirksam und differierten zugleich in der Intensität ihrer nationalen Ausprägungen. Das analytische Potential der drei Zeitbögen besteht darin, dass sie es erlauben, die Mehrdimensionalität des historischen Geschehens sichtbar zu machen. Die markanten Zäsuren der Politik- und Staatengeschichte bleiben präsent, erhalten indes nicht den Stellenwert, als würden allein sie den geschichtlichen Verlauf strukturieren. Zäsuren und Kontinuitäten lassen sich so dem überwältigenden Geschehen zuordnen, so dass sich der sinnhafte Zusammenhang einer Zeitspanne erkennen lässt, in deren Verlauf zum Beispiel die Revolution 1918, die „Stunde Null“ 1945 oder die Öffnung der Berliner Mauer 1989 einen Bruch oder einen Neuanfang zu signalisieren scheinen, obwohl sie zugleich Folgen und Katalysatoren längerfristiger Entwicklungen sind.

Der erste Zeitbogen umspannt die Jahrzehnte von der Hochindustrialisierung bis in den Zweiten Weltkrieg, der zweite setzt bereits um 1930 ein und reicht bis in die 1970er Jahre, während der dritte Zeitbogen in den frühen 1970er Jahren beginnt und in die Gegenwart führt.

Fortschrittskepsis und der „Untergang des liberalen Individuums“⁴: Die Kulturrevolution des Antiliberalismus, 1890 bis zum Zweiten Weltkrieg

Der erste Zeitbogen ankert in den Jahren der Hochindustrialisierung. Um 1890 hatte die Industrialisierung ein solches Tempo erreicht, dass sich die Menschen in den Städten vom fortwährenden Wandel, vom Anschwellen des Verkehrs, von der Entstehung der Massenquartiere für die zuwandernde Arbeitsbevölkerung bedrängt und bedroht fühlten. Wer in der Landwirtschaft der kargen Agrarregionen kein Auskommen mehr fand, wanderte in die Industriezentren. Um 1900 lebten etwa 50 Prozent der Bevölkerung des Deutschen Reichs nicht mehr am Ort ihrer Geburt. Entfremdungsängste griffen um sich. In anderen, wirtschaftlich stabileren Landregionen änderte sich hingegen wenig, so dass die Kontraste zwischen dem verharrenden Gestern und dem wirbelnden Heute immer spannungsreicher wurden. Tradition und Moderne prallten mit ungekannter Heftigkeit aufeinander.

Die Veränderung der Lebensbedingungen im Takt der Maschinen erzeugte einerseits Unsicherheit und rief andererseits begeisterte Zustimmung hervor. Ein euphorischer Fortschrittsglaube und die Überzeugung vom Segen der Technik und der Wissenschaften gehörten ebenso ins Bild wie der wachsende Kulturpessimismus, der vom Argwohn beherrscht war, dass ein ungebremster Fortschritt zerstörerisch wirken müsse. Die expressionistische Malerei seit 1900 gab diesem Lebensgefühl voller Widersprüche bildhaften Ausdruck. Je stärker die Unsicherheit ob des permanenten Wandels wuchs, desto vehementer wurden die abwehrenden Reaktionen auf den Zeittrend des Fortschrittsglaubens und auf die wirtschaftlich-

⁴ Vgl. Marcus Llanque, Der Untergang des liberalen Individuums. Zum fin de siècle des liberalen Denkens in Weimar, in: Karsten Fischer (Hrsg.), Neustart des Weltlaufs? Fiktion und Faszination der Zeitenwende, Frankfurt a. M. 1999, S. 164–183.

technische Moderne. Deren Protagonisten empfanden sich als Avantgarde. Es war die Avantgarde einer antiliberalen Kulturrevolution.

Eingebunden in das Meinungsklima der Jahrhundertwende, das in den Naturwissenschaften und der Technik von einem optimistischen Fortschrittsverständnis geprägt und in den Geisteswissenschaften noch überwiegend vom Wert der individuellen Selbstbestimmung, von der Freiheit des Subjekts und des personalen „Ich“, bestimmt war, begann sich Skepsis auszubreiten. Eine intellektuelle Strömung entstand, die angesichts von rastlosem Wandel und ständiger Beschleunigung die Stillstellung des Zeitlaufs postulierte und die Bedingungen des modernen „Seins“ in der „Zeit“ neu zu erkennen versuchte⁵. Sie bestritt die Überzeugung des liberalen Denkens im 19. Jahrhundert, dass es einen kontinuierlichen Fortschritt mit humanem Maß gebe, der im historischen Prozess angelegt sei und die Entwicklung der Gesellschaft zu ihrem eigenen Nutzen bestimme. Mit der Fortschrittsskepsis breitete sich ein anderes Verständnis von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aus. Denn die Vorstellung vom kontinuierlichen Fortschritt schloss auch die weitere Vorstellung ein, dass alles und jedes geschichtlich bedingt sei, dass Wissen und Handeln von der Idee des Gewordenseins gesteuert würden, dass also das „Leben“ immer „Geschichte“ sei und nur als solche begriffen werden könne. Das war das Weltbild des Historismus. Es bildete die Grundlage für das gesellschaftliche und politische Selbstverständnis des bürgerlichen Liberalismus seit dem 19. Jahrhundert. Historistisches Geschichtsdenken und liberales Fortschrittsdenken gehörten axiomatisch zusammen⁶.

Die Krise des Bürgertums und des Liberalismus an der Jahrhundertwende war ein europäisches Phänomen. Versuche, sie zu meistern, galten in den Mittelklassen nicht zuletzt dem Projekt der Sozialreform und bündelten sich bei den linksradikalen Intellektuellen und Arbeiterführern im Willen zu sozialistischer Revolution. Während des Krieges trieben die Entwicklungen auseinander, und es entstanden die ideologischen Gegensätze zwischen liberalen und radikal antiliberalen Positionen einerseits sowie zwischen demokratisch-sozialen und antidemokratisch-sozialistischen Bestrebungen andererseits. Der Erste Weltkrieg wirkte als Katalysator, indem er die gesellschaftliche Transformation beschleunigte und intensivierte. Der Krieg markierte eine tiefe Zäsur und war zugleich ein funktionaler Bestandteil des längerfristigen Geschehens im ersten Zeitbogen.

⁵ Die durchschlagende Wirkung und breite Rezeption, national wie international, von Heideggers „Sein und Zeit“ zeigt, dass hier die Herausforderungen der Gegenwart erfasst und wie in einer Programmschrift dargelegt waren; vgl. Martin Heidegger, *Sein und Zeit* (1927), Tübingen 182001.

⁶ Zum Problem des Antihistorismus, in dem sich die Abkehr vom liberalen Weltbild bündelte, vgl. Otto Gerhard Oexle, „Historismus“. Überlegungen zur Geschichte des Phänomens und des Begriffs, in: Ders., *Geschichtswissenschaft im Zeichen des Historismus. Studien zur Problemgeschichte der Moderne*, Göttingen 1996, S. 41–72; Wolfgang Hardtwig, *Die Krise des Geschichtsbewusstseins in Kaiserreich und Weimarer Republik und der Aufstieg des Nationalsozialismus*, in: Ders., *Hochkultur des bürgerlichen Zeitalters*, Göttingen 2005, S. 77–102; Anselm Doering-Manteuffel, *Mensch, Maschine, Zeit. Fortschrittsbewusstsein und Kulturkritik im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts*, in: *Jahrbuch des Historischen Kollegs* 2003, München 2004, S. 91–119.

Deutschland trat mit dem stolzen Bewusstsein in den Krieg ein, die führende Kultur- und Wissenschaftsnation Europas, ja der Welt zu sein. Zwischen 1901 und 1914 gingen die meisten Nobelpreise an deutsche Wissenschaftler und Künstler. Die Industrieproduktion des Reichs war über die britische hinausgewachsen und konnte nur an die Leistungsfähigkeit der USA nicht heranreichen. Im Bewusstsein dieser Stärke und ungeachtet des völkerrechtswidrigen Einmarschs deutscher Armeen nach Belgien, beschwor die deutsche Propaganda den herausragenden Rang des Reichs als Kulturnation. In nationalistischer Aufwallung verfassten bürgerliche Wissenschaftler und Künstler einen „Aufruf an die Kulturwelt“, in dem sie das politische System der wilhelminischen Militärmonarchie als Grundvoraussetzung für Deutschlands Rang beschrieben: „Ohne den deutschen Militarismus wäre die deutsche Kultur längst vom Erdboden getilgt; [...] Deutsches Heer und deutsches Volk sind eines.“⁷

Das war eine Absage an die Ordnungsprinzipien der zivilen Staatsbürgergesellschaft und liberalen Selbstbestimmung. Exakt an diesem Punkt setzte der amerikanische Soziologe Thorstein Veblen an, der 1915 in einer nüchternen Diagnose der deutschen Staats- und Gesellschaftsverfassung herausarbeitete, dass ein modernes Industrie- und Wirtschaftssystem nur dann eine Chance auf Weltgeltung haben könne, wenn es wirtschaftliche Freiheit und staatsbürgerliche Selbstbestimmung gewährleiste, so wie es in Großbritannien der Fall sei. Hier wurde ein Topos des sozialkulturellen und machtpolitischen Gegensatzes zwischen den angloatlantischen Mächten und Deutschland formuliert, dessen epistemologische Bedeutung kaum überschätzt werden kann. Er beschrieb den korporativen Zusammenschluss von Staat, Unternehmertum und agrarischem Grundbesitz sowie das politische System eines machtlosen Parlamentarismus in der Militärmonarchie als Hindernisse für die kontinuierliche Modernisierung der deutschen Industrienation⁸.

Am Ende des Krieges wurde der Gegensatz zwischen den angloatlantischen Mächten und den deutschen Widersachern eines liberalen Reformkurses in die staatliche Neuordnung des Deutschen Reichs eingesenkt. Waffenstillstand, Revolution und Nationalversammlung brachten die Weimarer Republik hervor, die an der westeuropäischen Tradition staatsbürgerlicher Selbstbestimmung und der Paulskirchenverfassung von 1848 orientiert war. Die westliche Verfasstheit der Republik war einerseits Ausdruck des Reformstrebens linksliberaler und sozialdemokratischer Kräfte, die vor 1914 und seit 1916/17 die Umgestaltung der politischen Ordnung des Kaiserreichs zu einer parlamentarischen Monarchie gefordert hatten, aber immer in der Minderheit geblieben waren. Sie war andererseits eine Antwort auf die amerikanische Kriegspropaganda. Präsident Woodrow Wilson hatte 1917 das Leitmotiv für den Kriegseintritt der USA formuliert, „[t]he world

⁷ Jürgen von Ungern-Sternberg/Wolfgang von Ungern-Sternberg, *Der Aufruf ‚An die Kulturwelt!‘ Das Manifest der 93 und die Anfänge der Kriegspropaganda im Ersten Weltkrieg*, Stuttgart 1996, S. 158.

⁸ Vgl. Thorstein Veblen, *Imperial Germany and the Industrial Revolution* (1915), Neuausgabe New Brunswick/London 1990.

must be made safe for democracy“, womit den nichtdemokratischen Monarchien Europas, zuvörderst den Hohenzollern und Habsburgern, die Verantwortung für jede Gefährdung von Sicherheit im Staatensystem zugewiesen wurde⁹. Sobald sich aber die amerikanische Vision der Demokratisierung als Voraussetzung dauerhaften Friedens mit dem Versailler Vertrag verschränkte, der im Artikel 231 dem Deutschen Reich die alleinige Verantwortung für den Krieg zuschrieb, verschmolzen „Weimar“ und „Versailles“ zu einem Gesamtentwurf. Das „System“ der Republik, hieß es jetzt, also die Verkopplung von „Weimar und Versailles“ zur Staatsräson, sei den Deutschen von den westlichen Siegern aufgezwungen worden. Darauf konzentrierte sich der revisionistische Hass des erbitterten Nachkriegsnationalismus von rechts bis links.

Kriegsende und Revolution stärkten die demokratischen Kräfte der Linksliberalen, der Sozialdemokraten und eines Teils der Zentrums Katholiken, verhalfen gleichzeitig auch den fundamental antiliberalen Strömungen zum Durchbruch – der radikalen Linken in Gestalt des Kommunismus und der radikalen Rechten in Gestalt des terroristischen Rechtsextremismus und des völkischen Antirationalismus, woraus dann der Nationalsozialismus entstand. Die Revolution und die Ausbreitung des Kommunismus mobilisierten in weiten Teilen der Gesellschaft die alteingewurzelte Angst vor der Bedrohung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse und sozialkulturellen Privilegien. Die kommunistische Herausforderung ging einher mit der grundsätzlichen Negation gesellschaftlicher Freiheit. Beides zusammen bildete einen Angriff auf den Geltungsanspruch von Individualität und Selbstbestimmung. Die Angst vor dem Verlust von Besitz und Freiheit erfasste die alten Eliten ebenso wie das Bürgertum und das Kleinbürgertum. Sie rief Aggressionen hervor und verstärkte das Sicherheitsbedürfnis in der Mittel- und Oberschicht, das nun der neue parlamentarisch-demokratische Staat befriedigen sollte. Indem aber die an liberalen Ordnungsmustern orientierte Republik weder in der Anfangs- noch in der Endphase ein Gefühl von Sicherheit vermitteln und die politischen Aggressionen bändigen konnte, ließ sich die Angst der „Bourgeoisie“ vor dem Kommunismus politisch instrumentalisieren. Das nutzte der Nationalsozialismus während der Hyperinflation 1923 zunächst vergeblich und dann in der Weltwirtschaftskrise 1930/32 erfolgreich, um seinem Ziel näherzukommen und die liberale Ordnung der Republik zu beseitigen. Darin profitierte er von dem längerfristigen politischen und kulturellen Basisgeschehen, das vor 1914 angelegt und durch den Weltkrieg verschärft worden war.

Der Gegensatz zwischen liberalen und antiliberalen Vorstellungen über die Ordnung von Gesellschaft und Staat, den die Kriegspropaganda aller Seiten ins Grundsätzliche vertieft hatte, wurde nach der Erfahrung von Zusammenbruch und Revolution zu einem Bestandteil des Staatsverständnisses der Weimarer Republik. Es war kein Zufall, dass der konservative Kulturpessimist Oswald Spengler kaum gegen den Kommunismus und schon gar nicht gegen den Sozialismus zu Felde zog, sondern gegen das „innere England“, weil er vor allem dort einen geg-

⁹ Thomas J. Knock, *To End all Wars. Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order*, Princeton 1992, S. 121.

nerischen, dem Individualismus und der Marktgesellschaft verpflichteten Ordnungsanspruch verwirklicht sah. „[D]as innere England, den kapitalistisch-parlamentarischen Liberalismus“, gelte es in Deutschland aus der Gesellschaftsordnung zu entfernen, schrieb er 1922¹⁰.

Hier deutete sich die ideologische Abschottung gegen den europäisch-westlichen Universalismus an, die sowohl nationalistisch aufgeladen als auch mit völkischem Gedankengut vermischt war. Dem „inneren England“ korrespondierte der „innere Feind“, der viele Varianten hatte; seine wichtigste war das Judentum. Die Juden waren nahezu überall in Europa die „Fremden im Innern“¹¹. Der Zerfall der Vielvölkerreiche Habsburg und Russland hatte viele von ihnen zur Abwanderung nach Westen veranlasst. Das stimulierte den Antisemitismus und wuchs sich aus zur Krise des europäischen Judentums. Diese wiederum verbreitete sich parallel zur Krise des europäischen Liberalismus. Doch nur im deutschsprachigen Mitteleuropa und einigen angrenzenden Ländern, die 1919 aus der Donaumonarchie hervorgingen, wies der politische Antisemitismus auch die völkische Vernichtungsdrohung auf. Es war der Deutsche und Österreicher Adolf Hitler, der sie seit 1920 zum Kernelement der nationalsozialistischen Propaganda machte und darin den antiwestlichen Anti-Universalismus mit dem frühen Antibolschewismus verknüpfte. Das Judentum, hieß es, verkörpere die beiden Hauptfeinde: den westlichen Universalismus und den östlichen Kommunismus¹². Die Kriegsnationen Europas hatten 1914 die Büchse der Pandora geöffnet. 1920, in der Neuordnungskrise Mittel- und Osteuropas, zeichnete sich die Gefahr ethnischer Gewalttätigkeit ab. Aufgehoben in dunkler Zukunft, blieb der Holocaust unvorstellbar, aber der Weg dorthin begann hier.

In den zwanziger Jahren zog die Kulturrevolution des Antiliberalismus zahlreiche Intellektuelle an, die politisch nicht nur nach rechts orientiert waren, sondern auch nach links gravitierten. In der Theologie und Philosophie, aber auch in der gestaltenden Kunst wurzelte sich diese ideelle Strömung rasch ein. Ihren Protagonisten ging es darum, über einen Ordnungsentwurf zu reflektieren, der die Abwehrreaktion auf Beschleunigung, Umwälzung der Lebensbedingungen und den materiellen Wandel seit der Hochindustrialisierung intellektuell systematisierte sowie die Erfahrung des Krieges verarbeitete. Der Krieg hatte die lange vor 1914 verbreitete Skepsis gegenüber dem Fortschrittsdenken und dem Individualismus der Bürgergesellschaft in grauenhafter Weise bestätigt, seit das Zusammenspiel von technischem Fortschritt und mörderischem Maschinenkrieg sowie die Entindividualisierung des Soldaten im anonymen Massenheer zu konkreter Anschauung geworden war. Der einzelne Mensch, das selbstbestimmte Individu-

¹⁰ Oswald Spengler, *Preußentum und Sozialismus*, München 1922, S. 65 f.

¹¹ Peter Pulzer, *Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914* (1964), Göttingen 2004, S. 299–332, hier S. 315 f.

¹² Vgl. Adolf Hitler, *Mein Kampf*. Erster Band: *Eine Abrechnung* (1925), München 1939, S. 311–362, hier S. 361. In der Rede vom 13. 8. 1920, „Warum sind wir Antisemiten?“, wird die Vernichtungsdrohung, wie später in „*Mein Kampf*“ (S. 358), schon angedeutet: „Entfernung der Juden aus unserem Volk.“ Hitler, *Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924*, hrsg. von Eberhard Jäckel und Axel Kuhn, Stuttgart 1980, S. 185–204, hier S. 204.

um, hatte keine Geltung mehr, die Kategorie des Subjekts wurde beiseite geschoben.

Der Begriff „liberal“ als Bezeichnung für politische Parteien und gesellschaftspolitische Programmatik verschwand nach dem Ersten Weltkrieg aus dem öffentlichen Sprachgebrauch. Die Axiome des liberalen Weltbilds hatten ihre Anziehungskraft verloren. Die Abkehr von der Kategorie des Subjekts bereitete den Boden für andere Gesellschaftsgestaltungen nach 1930, in denen der zweite Zeitbogen ankert. Doch die Anfänge lagen in den frühen Jahren nach dem Ersten Weltkrieg. Seit der Individualismus als Bezugsgröße für gesellschaftliches Ordnungsdenken in den Hintergrund geriet, trat der Liberalismus international vornehmlich als Sozialliberalismus in Erscheinung, auch in der Weimarer Republik.

Die Avantgarde der antiliberalen Kulturrevolution kehrte dem „Westen“ und dem mit ihm verbundenen universalistischen Anspruch den Rücken zu. Sie ignorierte die Geltung westlicher, mithin europäischer liberaler Normen im staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Rahmen. Sie wandte sich ab vom Denken in den Kategorien des historischen Verlaufs und leugnete den Handlungszusammenhang von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Die im liberalen Selbstverständnis verankerte Weltansicht, dass alles und jedes geschichtlich bedingt ist und das Leben überhaupt nur als Geschichte begriffen werden könne, wurde jetzt durch eine andere Auffassung von Geschichte verdrängt. Darin war die Zeitdimension aufgelöst, und die Vorstellung vom kontinuierlichen historischen Verlauf, vom Entwicklungszusammenhang zwischen Vergangenheit und Zukunft verlor ihre Bedeutung. Die intellektuelle Avantgarde versetzte sich so in die Lage, die Welt neu zu denken. Das bündelte sich in der Ablehnung des liberalen Fortschrittsbegriffs. Seine schneidende Schärfe erhielt dieses Denken dadurch, dass es ein anderes Verständnis von Zeit, Gesellschaft und staatlicher Ordnung hervorbrachte. Was hier erfolgte, war nicht weniger als der Widerruf der modernen Idee von Gesellschaft und Staat in der Tradition der Aufklärung.

Wer den historischen Verlauf, die Geschichte als Bedingung jeglichen Fortschritts, negierte, konnte Vergangenheit und Zukunft als statische Einheiten auffassen, als mythische Vorzeit der Ahnen etwa, wo alles unwandelbar seinen Platz hatte, oder als kommende Ordnung, die gleichfalls unwandelbar gültig sein würde. Adolf Hitler, der sich die Impulse des Zeitgeists rasch anverwandelte, hatte das antihistoristische Geschichtsdenken frühzeitig in seine Weltanschauung integriert und nutzte es mit einfachen Formeln in seiner Propaganda. Im Januar 1933, noch bevor die Machtübernahme absehbar wurde, beschrieb er in diesem Sinne die ideologische Vision des Nationalsozialismus: „Und wenn wir auch einige Prozente verlieren. Wesentlich ist, daß die letzten Prozente, die in Deutschland die Geschichte machen, wir sind.“ Das war die Idee der „ewigen Ordnung“ im „Tausendjährigen Reich“¹³.

¹³ Wahlrede in Detmold, 4. 1. 1933, in: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. V: Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung, April 1932-Januar 1933, Teil 2: Oktober 1932-Januar 1933, hrsg. und kommentiert von Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit, München 1998, S. 331.

Mythos und Utopie wurden im Verlauf der zwanziger Jahre zu Kernbestandteilen des antiliberalen Arguments, rechts wie links. In Deutschland dominierte die rechte Spielart dieser Kulturrevolution. Die Ideologie der radikalen Abkehr vom Weltbild der Aufklärung breitete sich früh im Kulturbetrieb und an den Universitäten aus. Anthropologie, die spätere Rassenkunde, sowie Volkstums- und Kulturbodenforschung oder die filmische Aufbereitung mythischen Geschehens wie im Zweiteiler „Die Nibelungen“ erschlossen neue Welten. Scheinrational in den Wissenschaften, raunend und sagemumwoben in den Künsten, bildete das alles die programmatische Antithese zum Hier und Heute des verachteten „liberalistischen Systems“ der Republik von Weimar.

Weitreichende Wirkung hatte die antiliberaler Kulturrevolution insbesondere im Rechtsdenken. Tagespolitisches Interesse und ideologisches Programm durchdrangen sich, wenn es darum ging, die Verfassung und Gesetze der Republik zu ignorieren. In dem von völkischen Auffassungen durchsäuerten Weltbild des Antiliberalismus wurden nach 1920 die zentralen Begriffe staatlicher Ordnung – Gesellschaft, Nation und Staat –, die verbindliche Kategorien des westlichen Rationalismus waren, nicht weiter beachtet. An ihre Stelle traten Volk und Raum. Als Bestandteile der völkischen Ideologie waren sie historisch undefinierbar und entzogen sich rationaler Bestimmung. Wer Volk und Raum zu Kernelementen juristischer Begriffsbildung machte, wanderte aus dem europäischen Rechtsdenken aus. Darüber ergab sich ein Freiraum für eine neue, fundamental andere Gestaltung von politischer und sozialer Ordnung. Hier erfolgte die Abwendung vom positiven Recht als einer konkreten Schöpfung des Menschen und die Hinwendung zu einer scheinbar objektiven Ordnung der Lebenswirklichkeit, die immer schon vor allen Normen gegeben war. In dieser „Lebens“-Ordnung herrschte die Normativität des Ideologischen. Wenn es 1936 in einer SS-Zeitschrift hieß, die Nationalsozialisten lebten in einer „Gemeinschaft, deren Grenze das Blut ist“¹⁴, dann war dies eine gegen den westlichen Rationalismus gerichtete Behauptung, dass die bestehenden Staatsgrenzen und die völkerrechtlichen Verträge, die sie festlegten, keine Bedeutung hatten. Es gab sie nicht. So war es aus dieser Sicht auch kein Rechtsbruch, Grenzen zu verletzen oder den völkischen „Großraum“ zu organisieren.

Dieses System der blanken Willkür wurde im Nationalsozialismus vorherrschend. Es wies keine Verkopplung mehr mit dem europäischen Rechtsdenken auf. Es wähnte sich autonom und war doch nur kulturell völlig isoliert. In diesem Denken wuchsen die SS-Juristen heran, die sich zusammen mit gleichgesinnten Akademikern aus den technischen, natur- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen seit 1933 als Elite des neuen Staats verstanden. Sie meinten den Eintritt in eine neue Zeit, in einen neuen Seinszustand des deutschen Volkes vorzubereiten. Sie wirkten als Vollzugspersonal der antiliberalen Kulturrevolution.

Das alles hatte sich seit dem Ende des Ersten Weltkriegs in der Weimarer Republik herausgebildet, aber es war anfangs keineswegs repräsentativ für die Republik. Der Staat von Weimar als politisches System nach dem Muster des westlichen

¹⁴ Raimund Schnabel, Ewig ist das Blut, in: SS-Leitheft 2, 2. Jahrgang, 25. 3. 1936, S. 13.

Parlamentarismus und als freiheitlicher Rechtsstaat mit einer korporativen Wirtschaftsordnung besaß die realistische Chance, sich im Kreis der europäischen Demokratien zu etablieren. Zwar hatte das politische System seine Schwächen, und dem politischen Personal fehlte es an Erfahrung mit der parlamentarischen Demokratie. Aber erst das Zusammentreffen tiefwurzelnder Modernisierungskrisen mit der Weltwirtschaftskrise und dem Willen der präsidentialen Regierungen seit 1930, die parlamentarische Demokratie zu beseitigen, ebnete den Weg in den Führerstaat und ermöglichte den Durchbruch des revolutionären Antiliberalismus zur Staatsidee. Der Nationalsozialismus war Nutznießer dieser Entwicklung, aber er brachte sie nicht hervor. Von früh an nahm er allerdings die Inhalte der antiliberalen Zeitstimmung in sich auf und verknüpfte sie mit seinem eigentlichen Kern, dem rassenideologischen Antisemitismus. Die Feindschaft gegen den liberalen Westen blieb darin immer ein leitendes Motiv, das dem Antikommunismus trotz aller Aggressivität gegen den Bolschewismus vorgeordnet war. In den Monaten der flüchtigen Kriegserfolge gegen England, im Herbst 1940, hieß es ganz beiläufig in der Wochenzeitung „Das Reich“, zu der Propagandaminister Joseph Goebbels die Leitartikel beisteuerte: „Das Dritte Reich löste das Zeitalter des Liberalismus ab.“ Das klang nicht nur wie eine Selbstverständlichkeit, sondern es wurde auch als solche empfunden¹⁵.

Gemeinschaft, Gleichheit, Konsens: Vom totalitären Zwang zu freiheitlicher Integration, 1930 bis 1970/75

Der zweite Zeitbogen wurzelt in der Weltwirtschaftskrise. Seine Spannweite reicht bis zum Ende des Wirtschaftsbooms in den 1970er Jahren. Charakteristisch für diesen Zeitbogen mit seinen Verankerungen beiderseits des Atlantiks ist zunächst der säkulare Kampf zwischen der dezidiert nicht-liberalen, vom Anspruch her totalitären Ordnung einer erzwungenen sozialen Homogenität um den Preis tödlicher Ausgrenzung, wie sie der Nationalsozialismus verkörperte, und einer sozial-liberalen Ordnung der freiheitlichen Integration von Gesellschaft, wie sie im amerikanischen New Deal Gestalt gewann. Im Zweiten Weltkrieg standen sich beide Ordnungskonzepte in Todfeindschaft gegenüber – weitaus radikaler als 1914–1918 das Deutsche Reich in der Rivalität mit England –, auch wenn dies vor dem Hintergrund des Vernichtungskampfs im Osten, der antibolschewistischen Propaganda und der Shoah nur schemenhaft deutlich wurde.

Die bedingungslose Kapitulation bildete eine einschneidende Zäsur in der Mitte des 20. Jahrhunderts und wirkte zugleich als Katalysator einer neuen Konfliktkonstellation, die sich seit längerem abzeichnete. Die nihilistische Utopie des Nationalsozialismus war beseitigt. Der Untergang des Reichs erforderte die staatliche und gesellschaftliche Neuordnung. Der Weg war frei für die Vorherrschaft der Sieger in Deutschland und Europa. Im Westen wurde das amerikanische, im Osten das sowjetische Modell zur Geltung gebracht. Die westliche Ordnungsidee mit ihrer axiomatischen Verbindung von Marktwirtschaft, Freiheit des Individu-

¹⁵ Graf von Stosch, Der Stadt-Gesamtplan als Bauherr, in: Das Reich vom 29.9.1940, S. 10.

ums und parlamentarischer Demokratie stand jetzt in Konfrontation zur östlichen Ordnungsidee der planwirtschaftlichen Vergesellschaftung, Negation persönlicher Freiheit und Einparteindiktatur.

In der Geschichte des gegen „den Westen“ gerichteten deutschen Antiliberalismus verkörperten SBZ und DDR sowohl Tradition als auch Neuausrichtung, indem sie diktatorische Herrschaft gegen die „Freiheit“ zu verbinden versuchten mit gesellschaftlichem „Fortschritt“ nach sozialistischem Verständnis. Dieses Modell scheiterte schon im Juni-Aufstand 1953, wurde aber als Staats- und Gesellschaftsordnung mit Gewalt aufrechterhalten. Es erwies sich als nahezu reformunfähig und verurteilte das Gemeinwesen zu einer 35jährigen Stagnation in der Ausgestaltung der sozialistischen Fortschrittsidee.

Kennzeichen des zweiten Zeitbogens war das Bemühen, zum Zwecke soziopolitischer Stabilisierung eine relative Gleichheit der Lebensbedingungen und innere Homogenität zu erreichen, um die Zerrissenheit der von der Weltwirtschaftskrise und später vom Krieg belasteten Gesellschaft zu überwinden. Gemeinschaft, Gleichheit, Konsens waren die Begriffe, mit denen das Basisgeschehen zu charakterisieren ist. Individualismus und die Kategorie des Subjekts blieben nachrangig. Vorrang hatte der soziale Konsens. Während der Weltwirtschaftskrise verlor das in der westlichen Marktgesellschaft wie auch im deutschen Korporativismus autonom agierende Subjekt viel von seiner früheren Bedeutung, sei es als Konzern, sei es als Unternehmer. Die Gesellschaft trat geradezu programmatisch an die vordere Stelle. Das galt auf beiden Seiten des Atlantiks. Diese Verschiebung der normativen Orientierung äußerte sich auch im Gebrauch des Begriffs „Freiheit“. Anstelle der Selbstbestimmung des Einzelnen ging es jetzt entweder, auf der amerikanischen Seite, um die Freiheit der Person im festen Rahmen des nationalen Staats oder aber, auf der deutschen, nationalsozialistischen Seite, um den totalen Entzug der Freiheit. In seiner ökonomischen Dimension betraf dieser Sachverhalt die Einbindung der Wirtschaft in staatliche Rahmenplanung sowie die Steuerung gesellschaftlicher und sozialökonomischer Integration durch den Staat. Darin unterscheidet sich die Entwicklung innerhalb dieses Zeitbogens grosso modo von den Entwicklungen zuvor und danach.

Bei all dem war nicht zu übersehen, dass sich das Dritte Reich an den Vereinigten Staaten orientierte. Damit setzte sich eine Entwicklung fort, die in den 1920er Jahren begonnen hatte. Das betraf die Modernisierung der Industrieproduktion, die Verbesserung technischer Prozesse und die Arbeitsorganisation. Einige Unternehmen führten die Fließbandproduktion nach dem Vorbild des Autobauers Ford ein oder prüften die kybernetische Steuerung des Arbeitszusammenhangs von Maschine und Mensch im Sinne des Taylorismus. Beides, Fordismus und Taylorismus, war in den zwanziger Jahren breit diskutiert worden. Wegen seiner technischen und industriellen Modernität galt Amerika den Nationalsozialisten ebenso als Vorbild wie den Bolschewiki in der stalinistischen Sowjetunion. Gegen die UdSSR grenzte sich das Dritte Reich indessen scharf ab. Auf der Pariser Weltausstellung 1937 rivalisierten die beiden Systeme in der direkten Gegenüberstellung des deutschen und des sowjetischen Pavillons miteinander und ließen darin ihren Wettkampf mit den USA in aller Deutlichkeit erkennen.

Die deutsch-sowjetische Rivalität war zwangsläufig auch ideologisch bestimmt. Während die Sowjetunion sich selbst paralyisierte, als Stalin den Terror der Säuberungen von 1936 bis 1938 ins Werk setzte mit dem Ziel, jede Form von Eigenständigkeit im Denken und Handeln der Bolschewiki auszurotten, versuchte der Nationalsozialismus zur selben Zeit, in der deutschen Gesellschaft die Verkopplung von Individualität und Freiheit als Axiom des Liberalismus zu beseitigen. Das geschah allerdings ungeachtet der Vorgänge in der Sowjetunion in einer offenen, klar artikulierten Konkurrenz mit den USA. Im Kern ging es um die Vorstellungen von sozialer Integration und nationaler Homogenität, die in den 1930er Jahren gerade in jenen Ländern besonders virulent waren, die wie Amerika und Deutschland von der Weltwirtschaftskrise besonders hart getroffen wurden. Die Ordnungsidee des New Deal war angesichts der Massenarbeitslosigkeit darauf gerichtet, das Zusammenspiel von kapitalistischer Wirtschaft und politischer Demokratie als Bedingung gesellschaftlicher Freiheit sicherzustellen und zu diesem Zweck die Handlungsspielräume des ökonomischen Subjekts und des individuellen Interesses zugunsten der Allgemeinheit deutlich zu beschneiden. Die Ordnungsidee des Nationalsozialismus bekämpfte dagegen die Reste der „liberalistischen Epoche“ durch Beseitigung und Unterdrückung von Freiheit und Individualität in der Gesellschaft. Hier wie dort geriet die Bedeutung des „Ich“ darüber in den Hintergrund oder wurde vollständig negiert.

Die politische Feindschaft zwischen Hitlers Deutschland und Roosevelts Amerika vertiefte sich seit 1937 zusehends. Der letzte Schlagabtausch erfolgte 1941, als Roosevelt Amerika zum „Arsenal der Demokratie“ erklärte und damit den demokratischen Gegnern der Achsenmächte, Großbritannien in erster Linie, seine Unterstützung zusagte. In der Regierungserklärung vom 6. Januar 1941 definierte Roosevelt die Verteidigung der Freiheit als Staatsräson der USA. Die Merkmale der freien Gesellschaft fasste er in den berühmten „vier Freiheiten“ zusammen, einer zeitgemäßen Variante der Grundsätze des europäisch-atlantischen Liberalismus seit dem 19. Jahrhundert: Meinungsfreiheit, Freiheit des Glaubens, Freiheit von Not und Freiheit von Angst, womit in universalen Begriffen die Antithese zum Terrorregime der NS-Diktatur formuliert worden war¹⁶. Hitlers Antwort erfolgte in seiner Kriegserklärung an die USA vor dem Reichstag am 11. Dezember 1941. Hier trieb er die nihilistische Utopie der völkischen Gedankenwelt auf die Spitze, indem er über das Konstrukt des „letzten Feindes“ die Gegner miteinander verknüpfte, das bolschewistische Russland und die demokratischen USA: „Wir wissen, welche Kraft hinter Roosevelt steht. Es ist jener ewige Jude, der seine Zeit als gekommen erachtet, um das auch an uns zu vollstrecken, was wir in Sowjet-Rußland alle schaudernd sehen und erleben mußten.“¹⁷

¹⁶ Fireside Chat on National Security, 29.12.1940. The Annual Message to the Congress, 6.1.1941, in: The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt, Bd. 9 (1940): War – and Aid to Democracies, New York 1941, S. 633–644, hier S. 640 u. S. 663–672, hier S. 672.

¹⁷ Reichstagsrede Hitlers zur Kriegserklärung an die USA, 11.12.1941, in: Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. II: Untergang, 2. Halbband: 1941–1945, München 1965, S. 1793–1811, hier S. 1808; vgl. auch Michael Jeismann, Der letzte Feind. Die

Der „ewige Jude“ als Verkörperung des feindlichen Universalismus: Im Dezember 1941 wandelte sich der europäische Krieg endgültig zum Weltkrieg, der Vernichtungskrieg ging seinem Höhepunkt entgegen. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 stand unmittelbar bevor, der ethnische Terror wurde zur industriellen Form des Völkermords gesteigert und die Verfolgung der Juden auf ganz Europa ausgeweitet. Hinter allem standen Hitlers Wille und Himmlers Befehlsgewalt. Auschwitz wurde zum Inbegriff des Menschheitsverbrechens. Adolf Eichmann steuerte die Logistik der Vernichtungsmaschinerie. Beide Namen stehen emblematisch für den Holocaust. Sie verweisen zugleich über die Zäsur von 1945 hinaus auf die Suche nach Formen des strafenden Umgangs mit einem Verbrechen, das mit der Verurteilung Einzelner kaum gesühnt werden kann.

Hitlers Rede vom „inneren Feind“ und die Vernichtungsdrohung schon in den frühen zwanziger Jahren markierten die Anfänge. Anlässlich des Jahrestages der Machtübernahme am 30. Januar 1939 wiederholte er diese Drohung ein weiteres Mal vor dem Reichstag, mithin vor der nationalen und internationalen Öffentlichkeit¹⁸. Hier wurden der Wille zum Krieg und der Wille zur Beseitigung der Juden unlösbar miteinander verknüpft. Hitler suchte den Krieg, um „Lebensraum“ im Osten zu gewinnen für die Stärkung und Ausbreitung des deutschen Volkes, denn allein das bildete in seiner Vision vom Kampf der Rassen und Völker die Voraussetzung dafür, im Ringen mit dem mächtigsten, dem angloamerikanischen Gegner, siegreich bestehen zu können. Die Konstruktion des Juden als universaler Feind, als „internationales Finanzjudentum“ ebenso wie als „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“, diente zur Rechtfertigung der nihilistischen Utopie. Im kommenden Krieg würde es – in Hitlers Gedankenwelt: musste es – um den finalen, diesmal siegreichen Kampf gegen die „Welt von Feinden“ gehen. Das kam aus dem Ersten Weltkrieg und ist nur aus der Erfahrung des vergeblichen Ringens an der Westfront insbesondere mit den britisch-amerikanischen Kräften zu verstehen¹⁹.

Nach den Massenerschießungen der ersten Phase brannten seit 1942 die Öfen der Krematorien. Das Geschehen wurde verheimlicht, aber in seinen Umrissen war es in Deutschland bekannt. Die Alliierten waren informiert. Die Dimension des Holocaust aber überstieg das Vorstellungsvermögen der Zeitgenossen und wurde erst aus größerer Distanz fassbar. So bildete die bedingungslose Kapitulation 1945 eine tiefe Zäsur, aber keinen Schlusspunkt, und die Versuche, das Ausmaß des Verbrechens sichtbar zu machen, blieben Bestandteile des gesamten Zeitbogens. Der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher und die Nachfolgeprozesse bis 1949 stellten den Mord an den europäischen Juden noch gar nicht in den Mittelpunkt, sondern näherten sich ihm nur an – am deutlichs-

Nation, die Juden und der negative Universalismus, in: Peter Alter u.a. (Hrsg.), Die Konstruktion der Nation gegen die Juden, München 1999, S. 173–190.

¹⁸ Vgl. Reichstagsrede Hitlers in der Krolloper, 30. 1. 1939, in: Domarus, Hitler. Bd. II, 1. Halbband: 1939–1940, S. 1047–1067, hier S. 1058.

¹⁹ Vgl. Brendan Simms, Against a ‚world of enemies‘: the impact of the First World War on the development of Hitler’s ideology, in: International Affairs 90 (2014), S. 317–336.

ten im „Fall 9“ von 1947/48 und dann 1958 im Ulmer Einsatzgruppen-Prozess. Erst der Eichmann-Prozess in Jerusalem 1961 deckte die bürokratische Präzision der Deportation der Juden in die Vernichtungslager auf. Zwei Jahre später, von 1963 bis 1965, konfrontierte der Frankfurter Auschwitz-Prozess die deutsche Öffentlichkeit mit der industriellen Menschenvernichtung. Das Verfahren gegen Eichmann, vor allem aber der Auschwitz-Prozess wirkten irritierend auf die westdeutsche Gesellschaft ein, als diese sich eben im Wohlstand einzurichten begann. Die Berichterstattung in den Medien über die Verbrechen in Auschwitz stimulierte das antifaschistische Engagement der Studentenbewegung. Die Prozesse der 1960er Jahre standen mithin im Spannungsbogen von traditionellem Antisemitismus über die Vernichtungsdrohung und den Holocaust bis in die Atmosphäre der Nachkriegszeit. Die westdeutsche Gesellschaft, die sich bis zum Beginn der 1960er Jahre Schritt für Schritt dem Ordnungsprinzip des liberalen Konsenses öffnete, musste die „Unfähigkeit zu trauern“²⁰ überwinden und lernen, sich als Haftungsgemeinschaft zu begreifen.

Die allmähliche Akzeptanz der bitteren eigenen Geschichte ist ohne äußeren Erwartungsdruck nicht denkbar. Seit 1960 zeigten sich erste Wirkungen des alliierten Einflusses auf die ideelle Neuordnung in Deutschland, dessen Grundlagen von 1943/44 an in Washington erarbeitet worden waren. Als die USA 1941 in den Zweiten Weltkrieg eintraten, wurde der Auslandsgeheimdienst „Office of Strategic Services“ (OSS) mit einer eigenen Forschungsabteilung, der „Research and Analysis Branch“ (R&A), geschaffen. In der Mitteleuropa-Sektion arbeiteten zahlreiche Emigranten, die, weil sie jüdisch waren, aus Deutschland und Österreich hatten fliehen müssen. Sie standen mit amerikanischen Intellektuellen und weiteren deutschen Emigranten an den Ostküsten-Universitäten in enger Verbindung²¹. Ausgebildet als Juristen, Staatswissenschaftler, Philosophen oder Historiker, waren sie überwiegend sozialdemokratisch oder marxistisch orientiert und in der Weimarer Republik mehrheitlich als Wissenschaftler oder in Anwaltsberufen tätig gewesen. Dass Kapitalismus und Faschismus sich gegenseitig bedingten, hatten sie aus den Faschismustheorien der europäischen Linken übernommen. Die früheste Studie über Struktur und Praxis des Nationalsozialismus, die Franz Neumann – bis zu seiner Emigration 1933 Gewerkschaftsanwalt in Berlin – 1942 publizierte und die ihn sogleich für eine Leitungsfunktion bei R&A qualifiziert hatte,

²⁰ Vgl. Alexander und Margarete Mitscherlich, *Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens*, München 1967.

²¹ Im Auftrag von R&A waren zeitweilig Felix Gilbert, John Herz, Hajo Holborn, Otto Kirchheimer, Herbert Marcuse, Franz Neumann und Carl Schorske tätig. Von amerikanischer Seite kamen H. Stuart Hughes, Leonard Krieger, William L. Langer, Barrington Moore und Hans J. Morgenthau hinzu. In engem Kontakt zur R&A-Gruppe des OSS befanden sich Max Horkheimer und Theodor W. Adorno vom Frankfurter Institut für Sozialforschung, das schon kurz vor der NS-Machtübernahme nach New York verlegt worden war, zudem Ernst Fraenkel sowie, aus dem Kreis der New School of Social Research, Hannah Arendt und Leo Strauss. Zum Gesamtzusammenhang und der umfangreichen Forschungsliteratur vgl. Tim B. Müller, Krieger und Gelehrte. Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg, Hamburg 2010.

war noch ganz aus dem Geist linkssozialistischer Faschismustheorie geschrieben²². In den USA lernten die Emigranten, dass der Kapitalismus keineswegs zwangsläufig zu autoritärer Herrschaft und Gewalt führen muss, sondern mit demokratischem Konfliktaustrag und freier Gesellschaft vereinbar war. Ihre Auffassungen wandelten sich darüber zu einer zwar kapitalismuskritischen, aber nunmehr prononciert demokratisch-sozialen Einstellung, die sich im intellektuellen Klima der Regierungsbehörden leicht mit dem linksliberalen demokratischen Denken des New Deal, der Vorstellung von Homogenität und Konsens in der offenen Gesellschaft, verbinden konnte. Sie formulierten Grundsätze für die Neuordnung nach dem Sieg über Hitler-Deutschland. Eines der einflussreichsten Konzepte für die Anklage im geplanten Prozess gegen die NS-Hauptkriegsverbrecher, die Denkschrift über „Führerprinzip und strafrechtliche Verantwortung“, wurde 1945 im Gedankenaustausch zwischen den deutschen und amerikanischen Intellektuellen innerhalb der R&A Branch des OSS verfasst²³. Zuvor schon, 1943/44, waren in enger Abstimmung mit dem personell ähnlich besetzten „Office for War Information“ (OWI) Studien über Entnazifizierung und reeducation entstanden sowie die später sehr wirkungsvollen Expertisen über die historischen Bedingungen für Deutschlands Weg in die Diktatur, in denen die frühen Thesen von Thorstein Veblen über das politische System des Kaiserreichs und dessen Eliten systematisiert wurden.

Kontakte bestanden auch zum Kreis der „New York Intellectuals“, in dem sich die Söhne von Emigranten sammelten, die seit der Jahrhundertwende vor den Repressionen des Zarismus und den Judenpogromen aus Russland geflohen waren. Geboren zwischen 1900 und 1920 engagierten sich die „New York Intellectuals“ publizistisch, um ihr Verständnis von Kommunismus in den USA zur Geltung zu bringen. Auch wenn sie mit der kurzlebigen amerikanischen kommunistischen Partei keine direkte Berührung hatten, beobachteten sie die Modernisierung in der Sowjetunion im Zuge von Kollektivierung und Industrialisierung mit wachem Interesse und standen, wie zahlreiche europäische Intellektuelle auch, dem Stalinismus der frühen dreißiger Jahre wohlwollend gegenüber. Als radikale Antifaschisten erhofften sie sich vom Bolschewismus insbesondere die Überwindung der Regime von Mussolini und Hitler. Der Große Terror in den Jahren der Säuberungen irritierte sie zwar, aber erst der Hitler-Stalin-Pakt – Stalins Verrat am kommunistischen Antifaschismus – bewirkte den Bruch, weil er die idealistische Projektion auf Stalins Sowjetunion mit einem Federstrich zunichte machte. Während

²² Vgl. Franz Neumann, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944* (1942, erw. Ausg. 1944), Frankfurt a. M. 1984; Ernst Nolte (Hrsg.), *Theorien über den Faschismus*, Köln/Berlin 1967. Zu Franz Neumann vgl. ebenda, S. 63f.

²³ Vgl. [Otto Kirchheimer/John Herz] *Leadership Principle and Criminal Responsibility* (1945), wieder abgedruckt in: Raffaele Laudani (Hrsg.), *Secret Reports on Nazi Germany. The Frankfurt School Contribution to the War Effort*. Franz Neumann, Herbert Marcuse, Otto Kirchheimer, Princeton/Oxford 2013, S. 464–474; eine deutsche Fassung mit dem Titel: *Führerprinzip und strafrechtliche Verantwortung*, in: Alfons Söllner (Hrsg.), *Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland*, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1986, S. 173–183; vgl. auch Franz Neumann, *The War Crimes Trials*, in: *World Politics* 2, Nr. 1 (Okt. 1949), S. 135–147.

des Krieges bewegten sie sich, zu Antistalinsten geworden, am linken Rand des New Deal-Diskurses im Magnetfeld des Kriegs- und des Außenministeriums.

Als sich 1946/47 der Kalte Krieg abzuzeichnen begann, verlagerte sich ihr Engagement im Zuge des Marshall-Plans nach Europa, wo sie als „anticommunist left“ den Propagandakrieg gegen den Stalinismus organisierten und die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien gegen den Kommunismus zu immunisieren versuchten. Mit dem Schlachtruf „Freiheit“ führten sie einen giftigen, intellektuell aber höchst anspruchsvollen Meinungskrieg gegen die östliche Propaganda, die den kommunistischen Block unter sowjetischer Führung als Vorkämpfer für „Frieden“ im Ringen mit dem westlichen „Imperialismus“ inszenierte. Indem dieser prononciert linke und demokratische Antisowjetismus das Gesellschaftsbild des liberalen Konsenses propagierte, war er dem politisch dumpfen Antikommunismus und dem – infolge des Krieges – ausgeprägt antirusischen Meinungsklima in der Bundesrepublik überlegen, bestärkte aber zugleich deren Frontstellung gegen den Osten²⁴.

Auch an der Vorbereitung des Europäischen Wiederaufbauprogramms (ERP) waren Emigranten beteiligt, so dass deren Denkansätze, insbesondere die kritische Herleitung des Nationalsozialismus aus der politischen Kultur des wilhelminischen Deutschland, zusammen mit dem Gesellschaftsmodell des New Deal in die Ideologie des Marshall-Plans einfließen konnten. Der Zweck des ERP bestand darin, einerseits den kommunistischen Einfluss aus Ostmitteleuropa und der SBZ abzuwehren und andererseits einen Gesamtplan für die Gestaltung Europas nach amerikanischen Vorstellungen zu entwerfen. Das New Deal-Konzept des liberalen und sozialen Konsenses und die historisch-politischen Analysen der deutschen Emigranten bei R&A sowie die linksdemokratischen Vorstellungen der „anticommunist left“ beeinflussten sich darin gegenseitig. Als europäisch-atlantischer Hybrid aus den 1930er und frühen 1940er Jahren spielte diese Ideenkonfiguration in den amerikanischen Neuordnungsplänen eine nicht unbedeutende Rolle. Sie konnte auch deshalb hegemonial werden, weil sie von den Europäern, den Deutschen zumal, nicht primär als „amerikanisch“, sondern als allgemein westlich, freiheitlich und modern empfunden wurde.

Im Europäischen Wiederaufbauprogramm galten Marktwirtschaft und politische Demokratie als normative Vorgaben für jedes Land, das daran partizipieren wollte. Richtschnur war die Wirtschaftstheorie des Keynesianismus, die dem Staat die Aufgabe fiskalpolitischer Globalsteuerung übertrug und unternehmerischen Wettbewerb in diesen Rahmen einband. Der Staat gab den Ton an. Politische und soziale Homogenität waren das Ziel. Der Marshall-Plan reflektierte neben der hegemonialen Absicht der USA auch die bittere Erfahrung des gescheiterten Frie-

²⁴ Aus dem Kreis der „New York Intellectuals“ waren in Westeuropa besonders prominent und einflussreich Arthur Koestler, James Burnham, Sidney Hook, Irving Kristol und Melvin Lasky. Vgl. Alan M. Wald, *The New York Intellectuals. The Rise and Decline of the Anti-Stalinist Left from the 1930s to the 1980s*, Chapel Hill/London 1987; Peter Coleman, *The Liberal Conspiracy. The Congress for Cultural Freedom and the struggle for the mind of postwar Europe*, New York 1989; Michael Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, München 1998.

dens von Versailles, der noch keine 30 Jahre zurücklag. Damals war den europäischen Nationen – Kriegsgegner oder rivalisierende Alliierte, die sie waren – die politische Autonomie bei der Neuordnung überlassen worden. Solche Autonomie wurde jetzt deutlich relativiert, und damit entstand eine neue Art der Staatenordnung. Die Westeuropäer hatten nach Vorgaben zu handeln, die für alle verbindlich waren – ganz gleich, ob sie im Krieg Alliierte oder Gegner gewesen waren. Auch (West)Deutschland wurde von Anbeginn in den Neuaufbau einbezogen. Das war der Anstoß zur westeuropäischen Integration. Einen nationalen Sonderweg konnte es weder für die Deutschen noch für Frankreich, Italien oder die Beneluxländer geben.

Das Wiederaufbauprogramm der Alliierten förderte in Westdeutschland den Übergang zur Marktwirtschaft, es stabilisierte die wiedererstehende Parteiendemokratie und flankierte die an westlichen Maßstäben orientierten Medien in den Funkhäusern und Zeitungsredaktionen. Die Absicht der Deutschen ging dahin, am Weimarer Parlamentarismus anzuknüpfen, die tradierte Verwaltung aufrechtzuerhalten und eine entweder sozialistische oder liberale Wirtschaftsordnung neu zu begründen. Das in der nationalen Tradition wurzelnde Konzept der Sozialen Marktwirtschaft wurde als bürgerliches Projekt verwirklicht, da insbesondere die Amerikaner jeder Form von Sozialisierungen und sozialistisch-demokratischer Wirtschaftsordnung eine Abfuhr erteilten. In den Kriegsjahren hatten deutsche Ökonomen die Vorstellung von einer „ordoliberalen“ Marktwirtschaft entwickelt, in der der freiheitliche Staat und die demokratische Gesellschaft den ordo der liberalen Wirtschaft verkörperten. Die Soziale Marktwirtschaft wurde mit Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte als ein deutsches Konzept zur Geltung gebracht, sie war aber zugleich eingebunden in den atlantischen Traditionsstrang der freiheitlichen sozialen Integration.

Der Wiederaufbau im geteilten Deutschland musste angesichts der Verheerungen des Krieges eine möglichst weitreichende Gleichheit der Lebensbedingungen anstreben. Deshalb lag es nahe, manche Konzepte der 1930er Jahre zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise wieder aufzugreifen. Die gewohnte Orientierung an Gleichheit, Gemeinschaft und Homogenität als sozialem Ordnungsmodell bot eine solche Handlungsoption an. Die Integrationsaufgabe war im Westen und im Osten gleich. Die Startbedingungen unterschieden sich indessen deutlich, weil die westlichen Alliierten auch schon in den ersten Jahren der restriktiven Besatzungspolitik mehr Soforthilfe für die darbenende Bevölkerung bereitstellen konnten als die Sowjetische Militäradministration. 1947, mit dem offenen erkennbaren Beginn des Kalten Krieges, gingen die Entwicklungen scharf auseinander. Im Westen begann der Marshall-Plan. Die Währungsreform vom Juni 1948 markierte in der Alltagswahrnehmung der Menschen einen Neustart mit dem klaren Signal, dass Gleichheit herrsche, weil alle Bürger mit einem „Kopfgeld“ von 40 D-Mark finanziell gleichgestellt waren. In der SBZ wurde der erste Zweijahresplan eingeführt, der ebenfalls Gleichheit versprach und den Übergang zum „Aufbau des Sozialismus“ einleitete.

In der DDR erfolgte dieser Aufbau als Kombination aus linkssozialistisch-kommunistischer Sozial- und Wirtschaftspolitik der Weimarer Zeit und gewissen An-

leihen aus der Sowjetunion. Diese äußerten sich vor allem in der Durchsetzung der stalinistischen Parteidiktatur, die den Staat völlig in sich aufnahm und ihn sich zunutze machte. Als SED-Staat gewann die DDR ihr politisch-ideologisches und gesellschaftliches Profil durch die Negation jedweder „Freiheit“. Die Feindschaft zum liberalen Ordnungsentwurf der Demokratie formierte sich hier aufs Neue. Für die Bevölkerung lief dies oft genug auf die bloße Fortsetzung des autoritären und diktatorischen Musters der zurückliegenden Jahrzehnte hinaus. Gesellschaftliche Homogenität wurde in der DDR durch Slogans des permanenten Kampfes aller Bruderländer der Sowjetunion für den „Frieden“ beschworen und real durch die konsequente Nivellierung der sozialen Unterschiede herbeigeführt. Das Industrieproletariat verschwand durch sozialen Aufstieg, das Bürgertum durch Marginalisierung und systematische Ausgrenzung, bis das kompakte System des Kleinbürgertums entstanden war, das die DDR fortan prägte. So bildete sich deren spezifische Form sozialer und staatlicher Homogenität in Gestalt der „Fürsorgediktatur“²⁵ heraus, in der es keine Freiheit zur Selbstbestimmung gab. Die Bürger der DDR existierten als „Politiknehmer“²⁶ ohne staatsbürgerliche Teilhabe am gesellschaftlichen Prozess. Integration bedeutete die Einbindung in ein hermetisch sozialgesichertes System, nichts sonst. Die Kategorie des „gesellschaftlichen Fortschritts“, die in der Rhetorik der SED eine so große Rolle spielte, degenerierte von früh an zum bloßen Etikett, obwohl sie einen der wesentlichen Unterschiede des SED-Staats zur NS-Diktatur markierte.

Der Wiederaufbau im Westen wurde nach wenigen Jahren strenger Kontrolle mehr und mehr der Bundesregierung überlassen. Die Politik der liberalen Integration, in der sich atlantische und deutsche Einflüsse mischten, zog von rechts wie links eifernde Proteste nach dem Muster der antiliberalen Kulturrevolution in der Zwischenkriegszeit auf sich. Sie wurde überdies dahin kritisiert, „restaaurativen“ Leitlinien verpflichtet zu sein²⁷. Die westliche Republik gewann ihr Profil als ein antitotalitärer, von den Eliten in Schule, Hochschule, Rechtswesen und Kirchen durchaus noch obrigkeitlich geformter Verfassungsstaat mit politischer Demokratie, dem anfangs ein breites öffentliches Bewusstsein für die „freiheitliche Grundordnung“ fehlte. Die spezifische Form der „Vergangenheitspolitik“²⁸ in den 1950er Jahren ermöglichte es Ministerialbeamten und Wehrmachtsoffizieren, sich beruflich in die neue Ordnung einzugliedern, ohne eine allzu schroffe Abkehr von ihren Überzeugungen im Dritten Reich vollziehen zu müssen. Die Einübung in Formen der kritischen staatsbürgerlichen Selbstbestimmung blieb auf Gruppen der außerparlamentarischen Opposition gegen Westintegration

²⁵ Vgl. Konrad H. Jarausch, *Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 20* (1998), S. 33–46.

²⁶ Vgl. Manfred G. Schmidt, *Grundlagen der Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik*, in: *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 1: *Grundlagen der Sozialpolitik*, Baden-Baden 2001, S. 685–798, hier S. 764.

²⁷ Vgl. Walter Dirks, *Der restaurative Charakter der Epoche*, in: *Frankfurter Hefte* 5 (1950), S. 942–954.

²⁸ Vgl. Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996.

und Wiederbewaffnung und auf Bildungseinrichtungen wie die Brücke- und Amerikahäuser, die Maisons de France und die staatlichen Institutionen der politischen Bildung beschränkt. „Liberal“ wurde das geistige Klima erst im Verlauf der sechziger Jahre. Soziale Liberalisierung, ideelle Westernisierung und die kulturelle Sensibilisierung, um „Auschwitz“ wahrzunehmen, bildeten sich erst ganz allmählich heraus. Die Grundlagen jedoch wurden in den späten 1940er und den 1950er Jahren gelegt.

Die Republik profitierte vom Wirtschaftsaufschwung, der sich im Verlauf der fünfziger Jahre zum „Wirtschaftswunder“ steigerte. Das war der „Boom“, den alle westeuropäischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg erlebten. In diesem optimistischen Zeitklima emanzipierte sich die westdeutsche Gesellschaft von den Traditionen einer habituellen verstockten Unfreiheit, die oftmals noch tief im Familienleben und im öffentlichen Verhalten verwurzelt war. Es begann eine Zeit der Reformen, in der die „Definition des Sozialen durch die Demokratie“²⁹ erfolgte. Jetzt entfaltete sich die soziale Demokratie als gesellschaftliches Projekt. Es war nur konsequent, dass davon bei den Wahlen in Ländern und Bund die SPD profitierte und dass schon bald von Sozialdemokratisierung gesprochen wurde.

In diesem Prozess kam die wirtschaftliche Leittheorie zur Geltung, die schon seit dem Marshall-Plan eine maßgebliche Rolle spielte. Der Keynesianismus schrieb dem Staat die Aufgabe zu, die politischen Rahmenbedingungen für die Marktwirtschaft zu bestimmen. Die Idee der „Globalsteuerung“ erlaubte für einige Jahre sogar die Vision, dass der Staat durch wissenschaftliche und politische Expertise befähigt sei, die Einflussfaktoren auf die Wirtschaft im Vorhinein zu berechnen und die gesamtwirtschaftliche Produktivität zum Besten des Gemeinwesens zu steuern. Darüber verbanden sich Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften mit den Expertenkulturen der kybernetischen Planung zu einem Syndrom korporativer Allmacht, das nicht mehr nur als Demokratie, als Verwirklichung der Gesellschaft der Gleichen, wahrgenommen wurde, sondern auch als Machtgefüge zur Einschränkung des Pluralismus in der offenen Gesellschaft. Damit hatte sich der Ordnungsentwurf der sozialen Integration, der Gleichheit und Homogenität, erschöpft. Hervorgegangen aus der Großen Krise der dreißiger Jahre war er infolge der Kriegseinwirkungen wirksam geblieben, und er prägte auch die Jahrzehnte des Wiederaufbaus und Wirtschaftswunders. Mit dem Ende des Booms kam auch das Ende des liberalen Konsenses.

Vom Kollektiv zum Individuum: Der Neoliberalismus als konservatives Projekt, 1975/80 bis zur Gegenwart

Der dritte Zeitbogen wurzelt in den frühen 1970er Jahren. Seine Spannweite reicht bis zur Gegenwart. Aus pragmatischen Gründen kann man ein vorläufiges Ende im Umfeld der Jahrhundertwende postulieren, weil es einen historisch beglaubigten Schlusspunkt noch nicht gibt. Die Entwicklungen im Westen und im

²⁹ Hans F. Zacher, Grundlagen der Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 1, S. 333–684, hier S. 529.

Osten waren zunehmend deutlicher aufeinander bezogen und schienen 1990/91 für einen historischen Moment zu verschmelzen. Damals erfolgte der Durchbruch westlicher „Freiheit“ zum scheinbar allein gültigen Ordnungsmodell. Es wurde allerdings bald erkennbar, dass es sich in der Geschichte des 20. Jahrhunderts um ein neuartiges Modell von „Freiheit“ handelte. Diese Transformation der „Freiheit“ bildete das Basisgeschehen des dritten Zeitbogens.

Seit 1970/75, seit den Jahren der Entspannungspolitik mit dem SALT I-Vertrag und der Schlussakte der KSZE, hatten sich die gegenseitigen Abhängigkeiten in Ost und West so weit fortentwickelt, dass nationale Entwicklungen stärker als zuvor im Funktionszusammenhang mit der Dynamik des betreffenden Lagers standen. Die nationalen Eigenheiten blieben auch in der gegenwartsnahen Zeitgeschichte deutlich zu erkennen, lassen sich aber nur in ihren Verflechtungen angemessen verstehen. Das Zeitalter der Nationalstaaten erreichte eine späte, eindrucksvolle Hochphase, als die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs mit den besiegten Deutschen im „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ den Frieden schlossen, der 1945 ausgeblieben war. Trotz der Entstehung neuer Staaten mit ausgeprägtem Nationalbewusstsein in Osteuropa, ging nach 1990 die souveräne Autonomie des klassischen Nationalstaats zurück und verlor ihre Konturen im Morgennebel der heraufziehenden Globalisierung. Das Ende des Kalten Krieges markierte auch in dieser Hinsicht eine tiefe Zäsur in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Es wirkte zugleich als Katalysator jener Entwicklungen, die sich seit den 1970er Jahren angebahnt hatten und im Verlauf der 1990er Jahre zum Durchbruch kamen.

In der modernen Industriegesellschaft deutete sich ein Strukturwandel an, der bis zur Jahrhundertwende geradezu revolutionäre Qualität gewann. Die industrielle Revolution des digitalen Zeitalters stand vor der Tür. Einschneidende Transformationsprozesse gingen ihr voraus und machten sie möglich. So wurden im Verlauf der siebziger Jahre krass gegenläufige sozioökonomische, sozialpolitische und kulturelle Bewegungen erkennbar. Die hohe Dynamik des Reformjahrzehnts der Sechziger wirkte weiter. Die Jahre von 1969 bis 1975 brachten die größte Beschleunigung sozialstaatlicher Expansion. Zur selben Zeit nahm die Strukturkrise der Traditionsindustrien – Kohle und Stahl, Schiffsbau, Textil – bedrohliche Ausmaße an. Die Energiepreise zogen nach dem Ölpreisschock von 1973 scharf an, zu einem Zeitpunkt, als dem Weltwährungssystem soeben die stabilisierende Kraft des US-Dollars als Leitwährung entzogen worden war. Im System der festen Wechselkurse zum Dollar hatte sich der Boom entfaltet, das Handlungskonzept der staatlichen Globalsteuerung wurde in diesem Rahmen zur Norm. Es sah in konjunkturell schlechten Zeiten die Verschuldung des Staates zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung vor, um durch Konsumanreize die Konjunktur wieder in Gang zu bringen. In den 1970er Jahren funktionierte das Instrument der staatlichen Konjunkturspritzen aber nicht mehr. Die Staatsverschuldung nahm zu, die Arbeitslosenzahlen wuchsen unaufhaltsam, die Wirtschaftsleistung ging zurück und die Verbraucherpreise zogen drastisch an. Die Inflation der 1970er Jahre, die Großbritannien am heftigsten, dann die USA und schließlich die Bundesrepublik

erfasste, ließ die Handlungsmodelle der Vergangenheit obsolet werden³⁰. Die Reformen zum Ausbau der sozialen Sicherung, der Infrastruktur und des Bildungssystems, die in diesen Jahren vorgenommen wurden, rechneten allerdings immer noch mit den sprudelnden Steuern des Booms, als diese schon zu versiegen begannen. In der DDR ebnete der soeben an die Spitze der SED berufene Erich Honecker den Weg in Richtung auf eine sozialistische Variante der Konsumgesellschaft. Doch die rapide anwachsende Verschuldung im westlichen Ausland führte den SED-Staat bereits 1982 an den Rand der Zahlungsunfähigkeit.

In den 1970er Jahren erhielten zwei Wirtschaftswissenschaftler den Nobelpreis, die scharfe Gegner von John Maynard Keynes und seiner Theorie des deficit spending waren. Friedrich August von Hayek war schon in der Nachkriegszeit für die Unabhängigkeit der Wirtschaft von steuernden Einflüssen des Staates eingetreten und erhielt 1974 den Preis für seine Arbeiten auf dem Gebiet der Geld- und Konjunkturtheorie. Milton Friedman wurde 1976 für seine Konzeption des Monetarismus ausgezeichnet, der eine Steuerung der Geldmenge durch den Finanzmarkt vorsah und staatliche Globalsteuerung als unwirksam und preistreibend ablehnte. Mit anderen Worten, in diesen Jahren wurde die Funktion des Staates im Wirtschaftsgeschehen neu definiert. Die monetaristische Theorie hielt Einzug in die Führungsetagen der großen Bankhäuser und Staatsbanken. Die alte Linie wurde jetzt „Sozialismus“ genannt und die neue Linie als Option auf „Freiheit“, auf die Freiheit des Marktes vom Staat, beschworen. Die Semantik beider Begriffe veränderte sich grundlegend. An die Stelle des positiv gewerteten sozialen und liberalen Konsenses trat der negativ konnotierte „Sozialismus“. Die Idee der Selbstbestimmung im Rahmen solchen Konsenses, die man im amerikanischen New Deal seit 1933 und im westdeutschen Wiederaufbau seit 1948/49 als „Freiheit“ bezeichnet hatte, wurde durch die gänzlich andere Idee der Unabhängigkeit des Finanzmarkts vom Staat als radikal neue Ordnung von „Freiheit“ ersetzt. 1976 führte die CDU/CSU ihren Wahlkampf zur Bundestagswahl bereits mit der Parole „Freiheit oder Sozialismus“³¹. Der Konsensliberalismus aus der Epoche des Booms war zum Merkmal des Ancien régime geworden.

Es kam hinzu, dass die wachsende kulturelle Pluralisierung das gesellschaftliche Klima des Konsenses in dessen späten Jahren mehr und mehr beeinflusste. Die Aufbruchstimmung, die in der Hochphase des Booms die Jugendkultur in Bewegung gebracht hatte, kulminierte in der Studentenbewegung. „1968“ bedeutete Protest gegen die Herrschaftsformen in Politik und Wirtschaft und die Emanzipation von den Verkrustungen im gesellschaftlichen Alltag. Die studentischen Parolen gegen das „Establishment“ richteten sich gegen das Syndrom von Autori-

³⁰ In Großbritannien lag die Inflation 1974/75 bei 24 % und 1980 noch einmal bei etwa 20 %, in den USA bei 12 respektive 14 %. In der Bundesrepublik betrug sie 1975, als die Arbeitslosigkeit erstmals seit Beginn des Wirtschaftswunders 1 Million Menschen erfasste, 8 %. Vgl. Tony Judt, *Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg*, München/Wien 2006, S. 512–517.

³¹ Vgl. *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 6: 1974–1982 Bundesrepublik Deutschland. Neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheiten, bearb. und hrsg. von Martin H. Geyer, Baden-Baden 2008, S. 39–42.

tät, das seit der frühen Nachkriegszeit den Erziehungsstil und Habitus der Wiederaufbaugesellschaft prägte. Das hatte viel mit dem Verdrängen und Beschweigen der NS-Vergangenheit zu tun und war, wie angedeutet, von der Berichterstattung über den Judenmord während des Auschwitz-Prozesses nicht unberührt geblieben.

Insgesamt aber richtete sich der Aufbruchgeist gegen die Konformität der Gesellschaft im liberalen Konsens. Von der amerikanischen Westküste über Paris und West-Berlin war die „Freiheit“ aus der Sphäre des Politischen in die Alltagskultur hineingewachsen. Sie beflügelte auch die Jugend in den Bruderländern der UdSSR, insbesondere in Prag. Im Osten wurde der Jugendprotest allerdings unterdrückt, so dass dort die Hoffnung auf Emanzipation und Selbstbestimmung als neue Form von sozialistischem „Fortschritt“ erstarb. Die Grundströmung intellektuellen Dissenses gegenüber der verkrusteten Parteiherrschaft wuchs sich aus in politische Opposition, und die subversive Kraft der verschiedenen Dissidentengruppen in der DDR, Polen und der ČSSR gewann angesichts des wirtschaftlichen Niedergangs immer größere Attraktivität. Im Westen trieb die Jugendkultur die Pluralisierung einer Gesellschaft voran, die im Wohlstand Sicherheit und im Massenkonsum Zufriedenheit gefunden hatte. Alltagskultur und Konsum wurden vielfältiger. Ein neuer Individualismus in der Konsumentenkultur brach sich Bahn. Es war ein Anspruch auf Freiheit des Einzelnen nach Maßgabe des privaten Interesses. Auch hier begann sich das Verständnis von „Freiheit“ zu wandeln. Die Freiheit des Konsenses im Rahmen von parlamentarischer Demokratie und sozialer Marktwirtschaft trat zurück hinter den Anspruch des konsumistischen Individuums auf seine eigene Freizügigkeit im Rahmen einer freiheitlichen Ordnung, die ganz selbstverständlich als dauerhaft gültig betrachtet wurde.

Nach 1970 diffundierte der Aufbruchgeist in die Neuen sozialen Bewegungen des Umweltschutzes und des Protests gegen den Bau von Atomkraftwerken. Während sich der gewalttätige Seitenstrang in den Anti-AKW-Kohorten und der Terrorismus der RAF ganz diffus gegen den Staat als vorgebliche Verkörperung von kapitalistischer Macht und „faschistischer“ Gewalt wandte, nahmen die Umwelt- und später die Friedensbewegung den „Fortschritt“ der technischen Planung und des ökonomischen Wachstums ins Visier, der 1971 mit der alarmierenden Programmschrift des Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“ als zerstörerische Gefährdung des Planeten Erde beschrieben wurde. Der „Fortschritt“ schien zu einer globalen Bedrohung und die „Freiheit“ im festgefühten Rahmen des staatlich verbürgten Konsenses zum beengenden Korsett geworden zu sein.

Die beiden Transformationsprozesse des sozialökonomischen Wandels und der kulturellen Pluralisierung standen in dialektischem Bezug zur Entwicklung des Staatensystems im Ost-West-Konflikt. Die Entspannungspolitik um 1970 relativierte nicht zuletzt den scharfen ideologischen Gegensatz zwischen der „freien Welt“ des Westens und dem „Friedenslager“ des Ostens. Der Eiserner Vorhang wurde durchlässiger. Die Oppositionsbewegungen des sozialistischen Lagers konnten ein größeres Maß an Bekanntheit im Westen erlangen. Die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa legte 1975 vertraglich fest, dass Nachrichten über systemkritische Strömungen in den östlichen Ländern

nicht unterdrückt werden dürften, und damit wurde den Oppositionsbewegungen der Resonanzraum der westlichen Medien zugänglich gemacht. Unüberhörbar breiteten sich seit 1976, seit der Ausbürgerung Wolf Biermanns aus der DDR, Protest und Krise in den osteuropäischen Ländern und der UdSSR aus. In den 1980er Jahren beschleunigte sich der Niedergang, bis das Zusammentreffen von Wirtschaftskrise und Bürgerprotest an der Nahtstelle des Ost-West-Konflikts das Ende herbeiführte. Die westliche „Freiheit“ hatte mit der Schlussakte der KSZE den vermutlich entscheidenden Erfolg errungen. Der Zeitpunkt dürfte nicht zufällig mit dem dynamischen Wandel zusammenfallen, der im Transformationsgeschehen seit 1970/75 zu beobachten war.

Im Westen bewirkten der industriewirtschaftliche Umbruch und die sozialkulturelle Pluralisierung, dass die Homogenität der Wiederaufbaugesellschaft mit ihrer Chancengleichheit im Wohlstand und ihrer Konsenskultur bis zum Ende der 1970er Jahre an Bedeutung verlor. Der Umschwung im Meinungsklima war also längst in Gang gekommen, als die Regierungen einiger westlicher Länder – USA, Großbritannien, Bundesrepublik – um 1980 mit veränderten Handlungsperspektiven reagierten. Der Wandel in der Politik vom Primat des sozialen Konsenses zum Primat des Subjektivismus, ergänzt in der Sozialkultur durch Pluralisierung und den Umschlag vom Kollektiv zum Individuum, brachte das veränderte, in den Wirtschaftswissenschaften und im Finanzmarkt schon etablierte Verständnis von „Freiheit“ als Norm für einen neuen „Fortschritt“ zur Geltung. Politische Rhetorik und Regierungshandeln nahmen es auf. In Deutschland war von einer „geistig-moralischen Wende“ die Rede, in England hieß es, dass es „so etwas wie Gesellschaft“ gar nicht gebe, und am Ende des dritten Zeitbogens hatte das politökonomische Paradigma in der „Ich-AG“ zumindest propagandistisch seine Erfüllung gefunden³².

Strukturwandel und Neuausrichtung des politischen Denkens schufen keine neue, wohl aber eine in ihren Wertvorstellungen und Orientierungsmustern deutlich veränderte Welt. Der Sozialstaat wurde nicht beschädigt, insgesamt aber durch Kurskorrekturen den Umständen angepasst. Damit blieb ein wichtiger Teil des materiellen Fundaments der Konsensgesellschaft unangetastet. Das galt selbst für Großbritannien, wo Premierministerin Margaret Thatcher eine radikale Rhetorik gegen den „Sozialismus“ pflegte, und es galt ebenso für die Bundesrepublik in der Ära von Bundeskanzler Helmut Kohl. Das neue Handlungsmuster breitete sich zunächst langsam aus. Es bestand in der Politik der Deregulierung von Wirtschaftsunternehmen und Konzernen in öffentlicher Hand, der Privatisierung von Institutionen im staatlichen Besitz oder der Öffnung von Monopolbetrieben wie Telekommunikation, Post oder Bahn für private Investoren. Die mit der Deregulierung einhergehende Verkopplung von langfristig bedeutsamen Korrekturen

³² Zur „geistig-moralischen Wende“ siehe Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium 1982–1990, München 2006, S. 49–55; Judt, Geschichte Europas, S. 610, zitiert Margaret Thatchers Interview mit der Zeitschrift „Woman’s Own“ vom 23. 9. 1987, wo sie betonte, dass es „so etwas wie Gesellschaft“ nicht gebe; zur „Ich-AG“ vgl. Edgar Wolfrum, Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005, München 2013, S. 530.

an der Infrastruktur mit dem kurzfristigen Gewinninteresse des Investors zahlte sich oft nicht aus, aber sie lag im Trend, der die Hinwendung zum Primat des freien Marktes, den Vorrang des privaten vor dem öffentlichen Interesse und des Subjekts vor der Gemeinschaft erforderte.

Die neue Orientierung wurde mit kulturellen Wertzuschreibungen verbunden, die konservativen Zuschnitts waren. Sie wiesen der Familie und einer in sie eingebundenen Lebensweise vorrangige Bedeutung zu. Trotzdem nahm der Individualismus je länger, je mehr den vordersten Rang unter den gesellschaftlichen Werten ein, und die Familie wurde in einen funktionalen Bezug zum vorrangigen Recht des Individualinteresses gebracht. Dieser implizite Widerspruch zum konservativen Leitbild der Familiengemeinschaft und des Generationenzusammenhangs charakterisierte die neue Entwicklung. Aus der politischen Rhetorik zur Bedeutung der Familie ging denn auch eine fiskalische Familienpolitik hervor, die mit dem Instrumentarium des Wohlfahrtsstaates arbeitete und deren kompensatorischer Charakter frühzeitig kritisiert wurde.

Hatte sich der Liberalismus nach Jahrzehnten des Konsenses nun zu einer Ordnungskraft der Individualität und Subjektivität verändert? Hatte sich der Liberalismus gar selbst erneuert? Vieles spricht dafür, solche Hypothesen nicht allzu stark zu akzentuieren. Es waren – mit der Ausnahme Frankreichs – konservative Regierungen, die sich in den 1980er Jahren den Konzepten der Deregulierung und Privatisierung verschrieben. Der „Neoliberalismus“, von dem seit dem Übergang von den achtziger in die neunziger Jahre gesprochen wurde, war ein politisches Projekt, das dem Markt den Vorrang vor dem Staat einräumte. Sein Kennzeichen bestand darin, dass die Gesellschaft sowie die Bindung persönlicher Interessen an das Gemeinwesen nachrangig wurden. Mit dem Neoliberalismus der ordoliberalen Denkschule deutscher Ökonomen am Ende des Zweiten Weltkriegs hatte das nicht viel gemein. Es handelte sich vielmehr um ein atlantisch inspiriertes Modell der politischen Ökonomie, das die „Gesellschaft“ als Handlungsfeld insbesondere dann wahrnahm, wenn sie dem „Markt“ im Wege stand. Das Individuum wurde als Marktteilnehmer verstanden. Der Wert des „Ich“ war an der Wettbewerbsfähigkeit sowie am Mehrwert zu bemessen, den es erwirtschaftete. In dieser Vorstellung hatte „so etwas wie Gesellschaft“ tatsächlich keinen Platz und auch der Staat nur insofern, als er die gesetzlichen und fiskalischen Voraussetzungen schaffen musste, damit die Funktionsfähigkeit des Marktes gewährleistet blieb.

Der Zusammenbruch des Ostblocks wirkte verstärkend auf diese Prozesse ein. Im Niedergang der Wirtschaft und im Verfall der Infrastruktur zerfiel auch die Zukunftsperspektive der staatssozialistischen Länder. Den industriellen Strukturwandel vermochten sie nicht mitzuvollziehen, als im Westen der Übergang zur Automatisierung erfolgt war und die Bedeutung der Elektronik kontinuierlich anstieg. In den achtziger Jahren hatte der Mikrochip als Grundstoff der industriellen Fertigung die traditionellen Grundstoffe Kohle, Erdöl und Eisenerz abgelöst. Obwohl die DDR seit dem Ende der 1970er Jahre hohe Summen in den Ausbau der Mikroelektronik steckte, war sie zu keinem Zeitpunkt in der Lage, Anschluss an die Entwicklung im Westen zu finden, weil ihr der Zugang zu den

Zentren westlicher Elektronik versperrt blieb. Im Winter 1989/90 war der östliche Teil Deutschlands, wie die übrigen Staaten des Ostblocks auch, zum Entwicklungsland geworden.

Zum dritten Mal im 20. Jahrhundert hatte der „Westen“ über ein rivalisierendes Ordnungsmodell den Sieg davon getragen, und wiederum durchlief er darin selbst einen Wandel, indem das Handlungsmuster des Konsenses gegen das neue Handlungsmuster des Subjektivismus im freien Wettbewerb ausgetauscht wurde. So gerüstet, standen die Kräfte westlicher Marktgesellschaften zum Wiederaufbau im Osten bereit, wo technischer Fortschritt und die Ökonomie des Finanzmarkts zum Versprechen einer besseren Zukunft werden sollten. Digitalisierung und Deregulierung, Investition und Rendite beherrschten den Diskurs der Neustrukturierung. Dass damit die ostdeutsche Gesellschaft in ihrer unter Zwang erzeugten, immerzu kontrollierten Homogenität von innen heraus aufgesprengt wurde – eine Gesellschaft, der es seit den 1930er Jahren an jeglicher Erfahrung mit Selbstbestimmung, demokratischem Konsens und Konkurrenzwirtschaft fehlte –, sollte zu einer Belastung zunächst im nationalen Rahmen Deutschlands werden. Im Grunde aber war es so, dass der Zusammenbruch des Ostblocks den 1990 gültigen Ordnungsvorstellungen des Westens eine zerfallene Welt öffnete, die nicht nur Europa und die Sowjetunion umfasste, sondern auch das längst im Wandel befindliche China.

Die Welt war zum „Westen“ geworden. Was Wunder, dass der amerikanische Präsident George Bush 1990 mit deutlichen Anklängen an Woodrow Wilson und Franklin D. Roosevelt die Vision einer „neuen Weltordnung“ der Freiheit beschwor³³. Bevor diese Vision mit den Twin towers 2001 in sich zusammenfiel, verging ein Jahrzehnt der technischen Modernisierung, welche die globale Ökonomie des Finanzmarkts erst richtig zum Blühen und Glühen brachte. Von 1995 an war das world wide web verfügbar, und in der digitalen Kommunikation konnten nicht nur Nachrichten und Informationen in Echtzeit um den Globus geschickt werden, sondern auch Zahlen, Summen und virtuelles Kapital. Der Warenaustausch fiel hinter den Datenaustausch zurück. Die wirtschaftliche Wertschöpfung erfolgte an den Bildschirmen des Finanzmarkts, und darin eingebunden war dann die Wertschöpfung an den Fertigungsstraßen der Industrie.

Für einen Moment schien die deutsche Entwicklung im politischen und kulturellen Raum des globalen Marktgeschehens aufzugehen. Dass dies aber nur in Grenzen der Fall sein würde, war nicht nur der singulären Aufgabe geschuldet, die Vereinigung der beiden Teilstaaten zu bewältigen. Vielmehr kam die Bindekraft der nationalkulturellen Tradition korporativer Gesellschaftspolitik gerade dann zur Geltung, als es parallel zum Einigungsprozess Europas darum ging, die EU in der Weltökonomie zu verankern. In keinem europäischen Land löste sich die kulturelle Substanz der nationalen Tradition einfach auf. Überall fanden Integrationsprozesse neuen Typs statt, in denen viel Altes erhalten blieb, in denen sich aber zugleich die Transformationsdynamik des Finanzmarktkapitalismus nie-

³³ Vgl. George Bush, Address before a Joint Session of the Congress on the Persian Gulf Crisis, 1. 9. 1990, online unter <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=19253> [25. 4. 2014].

derschlug und den gesellschaftlichen Wandel vorantrieb. Wie das „Schröder-Blair-Papier“ vom Juni 1999 – „Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“³⁴ – zeigte, erfasste die Wirkung des neuen Handlungsmusters inzwischen nicht mehr nur die konservativen, sondern auch die sozialdemokratischen Parteien Europas.

Diese Neuausrichtung bedeutete eine Abkehr von der sozialdemokratischen Tradition der Staatsorientierung. Das entsprach der Entwicklung bei den Konservativen in den 1980er Jahren. Die programmatischen Unterschiede zwischen rechts und links, zwischen konservativ und sozialistisch, verflüssigten sich ebenso wie die stabilen Gewissheiten über die Ordnung der Arbeitswelt, der sozialen Milieus und den Ort des Einzelnen in der Gesellschaft. Das „neoliberale“ Erscheinungsbild der Volksparteien brachte die traditionell liberalen Parteien an den Rand des Ruins.

War das das Ende des Liberalismus in seiner für das 20. Jahrhundert charakteristischen atlantischen Spielart, das Ende des „Westens“ als Verkörperung des liberalen Zusammenspiels von Marktwirtschaft und Demokratie? Wo stand das vereinte Deutschland am (vorläufigen) Ende des dritten Zeitbogens in der Geschichte des 20. Jahrhunderts? Die Antwort darauf bleibt in der Zukunft aufgehoben, doch eines ist zur Gewissheit geworden: Der deutsche Staat und die deutsche Gesellschaft haben ihren Platz im atlantischen Ordnungssystem gefunden und sich darin zu entfalten gelernt.

³⁴ Die Verfasser waren Bodo Hombach und Peter Mandelson. Vgl. Franz Walter, *Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie*, Frankfurt a. M. 2010, S. 48 ff.